

Erstlich täglich am Montag... in einem...
Verlag: Carl Neuberger, Unter den Linden 106.



Die das „Berliner Tageblatt“...
Preis: 1 Mark 50 Pfennig pro Quartal.

Zur Zeit der Welt.

Nummer 79.

Berlin, Sonntag, den 12. Februar 1899.

XXVIII. Jahrgang.

Politische Wochenchau.

von Arthur Levysohn.

Dem ersten deutschen Reichskanzler ist schneller, als wohl zu erwarten stand, der zweite in die ewige Ruhe gelangt. General Capriivi verließ die Welt der Lebenden im Alter von 68 Jahren, und sein Eintritt in seine Bestattung entfiel den Augen und Ohren seiner unverwundlichen Gegner im Reichsrath und im Reichstag, die es dem Heimgegangenen nicht zu bezweigen vermochten, daß er in echt parlamentarischer Manier den Kaiser seinen Nachfolger gewählt hatte, als dieser ihm mit der schwerigen Aufgabe des Reichspräsidenten betrautete. Bismarck hatte zwei Jahre Capriivi fast fünf Jahre mit Kaiser Wilhelm II. zusammen gearbeitet, als ihr Zusammengehen die Genehmigung des Reichspräsidenten erzielte. Aber während Kaiser Bismarck den Reichspräsidenten in einer Stimmung vollzog, die ihm schwebendes Zaudern zur Unmöglichkeit machte, hat General Capriivi in der ganzen Zeit, die seit seiner Abreise von den Staatsgeschäften verstrich, mit keinem Jutender der Wimper veranlaßt, was er bei seinem Tode empfunden. Und so ist er klaglos in die Grube gefahren.

Bismarck war eine außerordentliche Erscheinung. Es ist nicht daher ein Beispiel der Ungewöhnlichkeit, wenn man, fortwährend, seinen Nachfolger mit keinem Worte zu nennen. Capriivi trat als ein Neuling in die Geschäfte des Reichspräsidenten. Er wußte, als er die ihm übertragenen Würde annahm, daß er den parlamentarischen Charakter seiner Aufgabe zu wahren haben werde. Aber wie er im strengen Reife abgenommen und gehalten haben würde, den man ihm in die Hände des Vaterlandes anvertraute, so auch wie und wußte er im Frieden nicht unter der Würde, die der Wille des Kaisers seinen Schultern auferlegte. Solch eine Pflichterfüllung in aller bescheidenen Sinne hätte die unvorstellbare Anerkennung der Zeitgenossen verdient — aber sie ward ihm nur zu Theil, von einem Parteigänger politischer Gegner, die in dem konservativen Capriivi vor allem den Mann ohne Furcht und Zabel zu würdigen und zu ehren wußten.

Der zweite Kanzler hatte sich mit überraschender Schnelligkeit in die Verhältnisse seines neuen Amtes zu finden verstanden. Von dem Augenblicke an, da ihm der Wunsch des Reichspräsidenten auf die Gewährung des Reichspräsidenten, traten seine persönlichen politischen Überzeugungen vor der Sorge um das Wohl der Gesamtheit zurück. Der Kanzler stand auf einer höheren Stufe als auf der Zinne der Partei. Dieser Standpunkt der politischen Unabhängigkeit sollte sein Verdienen werden. Er, der ursprünglich konservativer Politiker, wußte die Wahrnehmung, daß die Unterführung seiner konservativen Gesinnungsgenossen ihm in dem Augenblicke verlag blieb, in dem die die Entscheidung machten, daß er sich nicht blind ihrer Willensmeinung angeschlossen und unterwarf. General Capriivi wollte selbst prüfen, was zum Siege auf Vaterland zu thun und zu lassen sei, und dieser Wunsch entfremdete ihm alle Parteien, auf deren Unterstützung er in seiner ritterlich-harmonischen Art rechnen zu dürfen geglaubt hatte. Er wollte nicht die Geschäfte einer besonderen Klasse führen, sondern der Allgemeinheit dienen. Das konnte ihm die nicht bezweigen, die mit seiner Hilfe die Ränke der Verlogenheit in ihrem Privatinteresse in Bewegung zu setzen gebracht hatten.

Seine ursprünglichen konservativen Freunde, die damals mehr denn je unter dem moralischen Druck agrarischer Besitzverhältnisse standen, sagten sich von ihm los. Er hatte mit kraftvoller Qualitative die Handelsvertreterpolitik in die Wege geleitet, die vom Kaiser zunächst veranlaßt durch den König von Sachsen, angeregt worden war. Wohl hatte er es nicht auf sich nehmen mögen, die vortheilhafte, aber hinterhältige Politik Bismarcks, die neben dem Dreieinde ein Separatabkommen Deutschlands mit Rußland ins Werk setzte, fortzuführen, — aber wie entsetzt, sich deshalb in eine Abhängigkeit von englischen Erörterungen zu begeben, hatte er es verstanden — was dem Kaiser Bismarck mit aller feiner diplomatischen Gewandtheit niemals gelungen war —, einen feierlichen Handelsvertrag mit Rußland abzuschließen und so die schonbar gezeichneten Fäden zwischen Berlin und Petersburg im wichtigsten Gebiete inniger denn je zuvor zu verbinden. Das ist eine Großthat, die die der nachfolgenden „Zukunft“, wie man ihn gewöhnlich nannte, alle Ursache blieb, stolz zu sein.

Capriivi war bis zu seinem Eintritt ins Kanzleramt ein Gegner der wöchentlichen Reichzeit gewesen. Als es sich aber darum handelte, das Deutsche Reich, selbst der Möglichkeit eines Zerfalls mit zwei Fronten gegenüber, militärisch auf eigene Füße zu stellen, als er sich vor die Aufgabe gestellt sah, die neue Heeresordnung durchzuführen, da über die Generalen im Augenblicke, die Jochbrücken des Offiziers in den Hintergrund zu drängen und wie die Rothweingelben, die sich dem Staatsmann aufzuzeigen, zu beschäftigen. So wurde er ein Vertreter der wöchentlichen Reichzeit, die dem deutschen Volk anscheinlich im verbannt, und für deren Durchführung es ihm heute wie damals beizubringen bleibt.

Damit und mit der Schaffung der sogenannten Selbstständigen hatte er seinen agrarischen und konservativen Widersachern auch die inneren Kreise gewisser militärischer Götter zu Bundesgenossen verbannt, und damit war auch gerade im Augenblicke seiner größten parlamentarischen Ge-

folge, für die ihm der Monarch die Anerkennung nicht verweigert, der Grund zu seinen frühen Sturz gelegt. Wie er ins Amt getreten war, ohne daß ihm der Besitz der Gewalt übermäßig gemacht, so schied er von allen seinen Würden eher mit einem Gefühl der Erleichterung, ohne ein sicheres Zeichen des Großen, und selbst seine unerwartlichen Feinde konnten ihm ein „Le roi me reverra“ nicht nachsagen. Es war ein tragisches Gefühl, das ihm als Bismarcks Nachfolger zugetheilt war. Er hätte noch einmal zu begabt, er hätte so genial wie Bismarck sein können — es würde ihm nichts geholfen haben. Er wäre der „Trompeter“, der „Zukunft“, der „Eindringling“ geblieben. Aber die Ereignisse, die ihm die Nachfolger des Reichspräsidenten in überreicher Zahl an die Reichstische bestellten, haben schon heute ihre Bedeutung verloren, und die unparteiische Geschichtsschreibung künftiger Tage wird diesem klaglos dahingehenden Ehrenmanne ohne Zweifel jene gerechte Beurteilung nicht vorenthalten, die ihm noch heute, zum Theil sogar in recht feindlicher Weise, wie es das Hochgefühl des preussischen Abgeordnetenhauses bei seiner Bestattung gethan, verweigert wird.

Für uns Preußen und Deutsche aber ist diese Capriivi-Tagodie eine beachtliche Mahnung, nicht in pharisäische Selbstüberhöhung zu verfallen, wozu sonst die jüngsten Vorgänge im französischen Parlament vielleicht ganz angethan sein könnten. In Paris hat das Ministerium Dupuy es aber sich gebracht, der letzten Spitz der Gerechtigkeit in der Republik durch einen Gesetzentwurf in Berufung zu bringen, der die Entlassung in der Dreihundertkammer der Kriminalkammer des Kassationshofes, die mit der Revision der Unterordnung beauftragt war, abnimmt, um sie dem vereinigten Senat des Reichspräsidenten zu übertragen. Das Ministerium hat mit einer unerwartet großen Mehrheit für diesen Standpunkt bei der Deputiertenkammer Unterstützung gefunden. Die offenen und geheimen Widersacher der Republik, die den Staatsrecht bereits in Generalentrepris genommen zu haben scheinen, jubeln und triumphieren, weil sie wohl wissen, daß der von ihnen geforderte Verfassungsänderung zum mit diesem nahezu anarchischen Regimen lebhaft den Kopf schütteln hilft, auf den die Republik bisher gestützt.

Man fragt sich, was den Ministerpräsidenten veranlaßt haben konnte, in dieser Weise die Republik zu untergraben. Und man findet kein anderes Motiv als das der Gleichheit. In der von ihnen geforderten Verfassungsänderung zum mit diesem nahezu anarchischen Regimen lebhaft den Kopf schütteln hilft, auf den die Republik bisher gestützt. Man fragt sich, was den Ministerpräsidenten veranlaßt haben konnte, in dieser Weise die Republik zu untergraben. Und man findet kein anderes Motiv als das der Gleichheit. In der von ihnen geforderten Verfassungsänderung zum mit diesem nahezu anarchischen Regimen lebhaft den Kopf schütteln hilft, auf den die Republik bisher gestützt.

Widerrede ist nicht allem Gelebten, das die Erfahrungen anderer Völker mit Rußen von den Nachbarn beobachtet werden, so müßte die absteigende Linie, auf der sich die französische Republik bewegt, für die große Republik jenseits des Atlantischen Ozeans viel Schreckliches enthalten. Aber davon ist nicht zu denken, daß man in Washington von dem pro-freie, was die Franzosen an eigenen Leide erleben müssen. Im Gegentheil, unter dem Streifen und Sternenhimmel macht man sich entschlossen als je auf den Pfaden, die zum Imperialisismus führen. Wohl ist der Frieden mit Spanien fälschlich unterzeichnet worden, aber es bedürfte doch erst noch eines blutigen Kampfes vor Manila, der den Krieg zwischen den Amerikanern und der neupropagierten Tagalen-Republic unter Aguinaldo eröffnen. Die Amerikaner blieben in den ersten Geschichtsbüchern auf die Spanische Schlachten hatten nicht die spanischen Generalfeldherren mit denselben aufständischen Eingeborenen zu meiden gewußt, ohne daß sie deren niemals endgültig bezwungen worden wären!

Es zeigt dabei nicht eben von selbstthätiger Stärke, daß Sand in Hand mit dieser kriegerisch-dramatischen Stimmung in den Vereinigten Staaten ein hyperemphatisches Agnomen gegen angeblich dumme Bläse Deutschlands geht. Bald sollen wir die Tagalen mit Waffen unterstützen, mit Waffen, die, wie sich schnell genug herausstellte, spanische Amerikaner selber den Philippinen zu liefern kein Bedenken hatten, bald sollen wir eine Station auf den Philippinen für uns eröffnen, bald sollen wir endlich vertragswidrige Waffen auf die Spanische Inseln zu versenden, um sie gegen die Philippinen zu verwenden. In letzterer Unternehmung finden die Jünglinge der Vereinigten Staaten bei ihren englischen Vorgesetzten sogar bereitwillige Helfer, die durch allerhand bedächtige und übertriebene Weidungen es sich angelegen sein lassen, das an und für sich höchst uninteressante Problem der Republik über die Philippinen zu gestalten, als es ohnehin schon entschieden ist.

Zum Glück ist die englische Regierung selbst momentan

nicht gewillt, diesen freiwillig-gouvernementalen Vorhaben der britischen Schamkammerlei irgend einer Weise auszuweichen. Die Thronrede bei der Parlamentsöffnung sowie die Erklärungen der Minister bei der Abreise behaltene gefasteten keinen Zweifel, daß die amtliche Politik Altenglands Deutschland gegenüber zur Zeit durchaus in lokalen Geleisen verkehrt. Aber darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß die beiden angeführten Stellen im Grunde ihres Gemüthes für uns Deutschen alles andere als eine freundschaftliche Sympathie im Dufte hegen. Es ist dies eine Thatsache, die der Staatssekretär v. Bälow in der gestrigen Reichstagsrede zu konstatieren auch nicht umhin konnte, wenn er auch mit gutem Willen diesen Verhältniß auf „Missverständnisse“ zurückzuführen suchte, an denen uns Deutschen indes keine vorläufige Schuld beizumessen ist.

Die Erklärungen des Staatssekretärs v. Bälow.

Die gestrige Rede des Staatssekretärs des Reiches über unsere handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika war ein hochbedeutendes Ereignis.

Vor dem In- und Auslande gab der Leiter unserer auswärtigen Politik, Staatssekretär v. Bälow, Erklärungen über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab, was für uns Deutschen von großer Wichtigkeit ist, um die Beziehungen zu unterlegen. Die Neben der Wortführer der einzelnen Fraktionen aber erklärten nicht minder, daß alle Parteien in dieser Frage hinter der Regierung stehen. Offenlich macht es in den Vereinigten Staaten Eindruck, daß Abgeordneter Franz Gebert Bismarck und Abgeordneter Eugen Richter gewissermaßen im Arm für die Regierung eintraten.

Abgeordneter Graf Kanitz von der Rechten hat gestern, vielleicht ohne sich ganz klar darüber zu sein, dem deutschen Reiche und seiner Regierung einen großen Dienst erwiesen, als er seine Interpellation begründete. Er sprach darüber die Regierung, die Selbstein, den durch die große Presse Amerikas verbreiteten Anschuldigungen auf das Entschiedenste entgegenzutreten. Der Interpellant kam nach einer langen Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse zu dem Schluß, die Regierung möge mit der erforderlichen Umsicht und Energie, wie sie in unserer auswärtigen Politik traditionell sind, die deutschen Interessen in dieser Sache vertreten.

Die Erklärung des Staatssekretärs unserer auswärtigen Angelegenheiten Herrn v. Bälows, die wir bereits in der Abend-Ausgabe mitgeteilt haben, bekräftigte sich im Wesentlichen darauf, Thatsachen festzustellen und die Auffassung der Reichsregierung über die in der Interpellation behaupteten Fragen widerzugeben. Unsere Regierung ist der Ansicht, daß unter Vertragsverhältniß mit den Vereinigten Staaten uns die unbeschränkte Westbegünstigung zubilligt, und legte dar, worin die deutsche Auffassung von der der amerikanischen Regierung in der Zukerfrage und in der Zollfrage gelegenheit abwich.

In der von der Regierung vorher in ihrem Wortlaut festgestellten Erklärung wird „sua-avis in modo“ fortgesetzt in dem Sinne, daß es auf beiden Seiten der Erkenntnis bedarf, welche weittragenden gegenseitigen Interessen für jedes der beiden Länder in Frage stehen.

Die Erklärung gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Lösung der Schwierigkeiten werde erzielt werden, und sich durchschneiden, daß es an uns nicht fehlen solle, wenn es sich darum handelt, sie herbeizuführen. Die Zukunft des Staatssekretärs, daß die Regierung den ganzen Reichstag hinter sich haben werde, wurde nicht ganz allgemein bekräftigt.

Abgeordneter Dr. Lieber vom Centrum konnte für seine Partei, die größte des Hauses, erklären, daß sie volles Vertrauen zu der Regierung habe. Seine Bemerkungen über die politische Gerechtigkeit, die sich im mündlichen Freireich Amerikas gegen uns geltend macht, gaben dem Staatssekretär willkommenen Anlaß, sich in einer zweiten Darlegung über die politischen Beziehungen des deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten eingehend und mehr offenbar auszusprechen, als das in der formulierten Erklärung angedeutet gewesen war. Staatssekretär v. Bälow ging auf diese Fragen ein, nachdem inzwischen noch Abgeordneter Franz Gebert Bismarck sein Vertrauen zu der Regierung und insbesondere zu dem Staatssekretär für das Auswärtige zum Ausdruck gebracht hatte.

Herr v. Bälow begann mit der ersten Befriedigung, daß unsere Haltung im spanisch-amerikanischen Kriege, wie ja auch von offizieller amerikanischer Seite anerkannt worden, eine streng neutrale und absolut lobende gewesen sei. Er konnte die Behauptung, daß wir die Philippinen oder Tagalen in ihrem Widerstand gegen die Amerikaner unterstützt hätten, als eine dreifache Lüge anerkennen und die weitere Ausweisung, daß unser Konsul in Hongkong an die Amerikaner in den Philippinen Waffen verkauft habe, als „eine der trübsten Anekdoten“ bezeichnen, die jemals aus einem Munde ausgesprochen sind. Die Abfertigung unserer Schiffe nach den Philippinen geschah lediglich zum Schutze unserer Staatsangehörigen und war ebensoviele eine nationale Pflicht wie unter ganzem Recht. Der Staatssekretär kam keine Grund misbillig machen, der verhindern sollte, daß wir mit den Vereinigten Staaten die besten Beziehungen unterhalten. Er verneinte nicht, daß Bestimmungen in Amerika